

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Atlantikpakt und Welthandel

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) : Atlantikpakt und Welthandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 1, pp. 5-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130845>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Konkurrenzfähigkeit verhütet Differenzkalkulation

Exportnahe Kreise fordern eine Rationalisierung der Exportindustrie. Unzweifelhaft könnte durch eine sinnvolle Rationalisierung d. h. durch Einzelmaßnahmen zur Verbesserung innerbetrieblicher Verhältnisse, eine merkliche Erhöhung des Exports erzielt werden. Die häufig ausgesprochene Befürchtung, jede Rationalisierung führe zu einer Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt, kann für unsere Verhältnisse nicht bejaht werden. Rationalisierung heißt nicht Freisetzung von Arbeitskräften, sondern gerade ihren sinnvollen Einsatz und damit Überwindung der Arbeitslosigkeit. Echte, mit Bedacht durchgeführte Rationalisierung bezweckt in der Erhöhung und Qualifizierung der Produktionsmenge bei niedrigeren Kosten die Herbeiführung eines erhöhten Bedarfs an Produktionsmitteln und Konsumgütern, wodurch sich eine vermehrte und verbesserte Arbeitsmöglichkeit ergibt. Eine Festigung und Ausdehnung der deutschen Wirtschaft in Anlehnung an die Auslandsmärkte schafft gleichzeitig neue Arbeitsmöglichkeiten für alle in ihrem Fach Tüchtigen.

Steigerung der Kapazität und weitmöglichste Senkung der Kosten in der Exportindustrie bedeuten Konkurrenzfähigkeit ohne die Produktion für den heimischen Bedarf zu belasten. Bei Leistungsgleichheit mit dem Ausland wird ein Dumping vermieden. Ohne Rationalisierung würde die Gefahr heraufbeschworen, daß die Exportindustrie zwangsweise zu den alten Methoden der Differenzkalkulation greifen würde. Es wird erst durch die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft mit dem dann erfolgenden Anwachsen des Sozialprodukts sich Preis und Realeinkommen ausgleichen. Die Wirtschaft wird sich im allgemeinen auf die Befriedigung des Exports ausrichten müssen, da ohne genügend großen Export unsere Lebenshaltung noch weiter absinken müßte.

Auch in der Landwirtschaft ist eine Rationalisierung aus sozialen

Gründen notwendig, denn sie arbeitet noch mit progressiven Kosten und ist von einer starken Auslandskonkurrenz bedroht. Sie vermag nur niedrigste Arbeitslöhne zu zahlen, die zu einer

deutlichen Landflucht führten. Die Landwirtschaft kann nicht arbeitsintensiver werden, sie wird in ihrem schweren Kampf gegen ihre Konkurrenz arbeitsparende Methoden einführen müssen. (r. s.)

## Berlin – Paris – Champagner

Feinschaler Geschmack wird übrigbleiben, wenn die Schaumperlen des Champagners zerplatzt sind. Ist es nicht ein unverständlicher Illusionismus, die Lösung unserer wirtschaftlichen Nöte von zwei Glas Champagner zu erwarten? Glauben wir wirklich, daß sie auf unser Wohl geleert worden sind? Wollen wir uns nicht einmal von diesem Illusionismus befreien? Die Reportagen, öffentliche Reden und Hymnen, die wir Deutsche bei solchen Anlässen von uns zu geben pflegen, erwecken den Anschein, als hätten wir Siege zu feiern. Wir haben schon zu oft Siege gefeiert, die Niederlagen geworden sind. *Noch ist der Jubel um Berlin kaum verklungen und die Enttäuschung noch nicht bewußt geworden, so suchen wir bereits eine neue Illusion: Champagnerblasen.* Welchen peinlichen Eindruck wir damit auslösen, kennzeichnet eine Stelle aus dem Brief eines bekannten südamerikanischen Wirtschaftspolitikers:

„Der Jubel um Berlin kommt uns hier so vor wie der Jubel um die Einbringung des Trojanischen Pferdes.“

Da wir in der großen Politik nicht mitzureden haben, sollten wir auch keine verwirrenden Spekulationen aufstellen. Wir gefährden durch eine zu laute politische Stellungnahme nur einen möglichen wirtschaftlichen Erfolg. Und die wirtschaftlichen Nöte sind es, die uns auf den Nähten brennen. *Über Parteigezänk und Interessenpolitik hinweg müssen wir nach einer wirtschaftlichen Einheit unseres Wirtschaftsgebietes streben*, die für uns eine Selbstverständlichkeit sein muß und der alle politischen Prestigefragen, östliche und westliche, untergeordnet werden sollten. Der Weg über den Bonner Verfassungstreit, über Berlin und Paris scheint mir nicht der kürzeste. Beim Handel in Paris sind wir nicht die Handelnden, und dieser Handel ist noch nicht zu Ende. (sk.)

## Atlantikpakt und Welthandel

Wirtschaftlich wird sich der Atlantikpakt auswirken

1. direkt: auf Durchführung und Auswirkung des Marshallplans;
2. indirekt: auf das Verhalten des Ostblocks.

Zu 1. Nach den Vorschlägen Präsident Trumans sollen die USA im Haushaltsjahr 1949/50 ausgeben:

- a) etwa 14,3 (Vorjahr 11,7) Milliarden \$ für die eigene Rüstung;
- b) etwa 6,2 (Vorjahr 6,7) Milliarden \$ für Europahilfe usw.;
- c) eine noch ungenannte Summe (1,2 bis 1,8 Milliarden \$?) für militärische Pachtleihhilfe unter dem Atlantikpakt.

Zur Deckung der Mehrausgaben für die Rüstung fordert Truman Steuererhöhungen um 4 Milliarden \$. Die Ausgaben- und Steuererhöhungen werden aus wirt-

schaftlichen Gründen im Kongreß und im Schoß der Regierung (Nourse) bekämpft. Es wird gefordert, die Pachtleihhilfe aus Abstrichen an Marshallplan und heimischer Rüstung zu finanzieren. Geht Trumans Programm trotz dieses Widerstandes durch, so führt es zu erhöhtem Absatz von Waffen. Da zur Zeit in den USA die Investitions-, aber noch nicht die Profit- und Sparrate sinken, würde hierdurch der Absatz dauerhafter Güter, mithin die Konjunktur gestützt. Nourse und die Opposition hoffen dagegen, die Konjunktur durch finanzielle Entlastung zu stützen, was sehr viel ungewisser erscheint.

*In Marshallplan-Europa soll der Atlantikpakt das Vertrauen stärken und dadurch zum Gelingen des Marshallplans beitragen.* Bei Fortdauer der gegenwärtigen

wirtschaftlichen Not und Unsicherheit in Europa werden auch soziale Zersetzung und kommunistische Infiltration andauern. Daher die Einmütigkeit der USA-Regierungspartei (Senator Connally) und der Opposition (Senator Taft) darüber, daß der Marshallplan dem Atlantikpakt vorgeht.

Zu 2. Vom Atlantikpakt und vom Gelingen des Marshallplans wird in den USA eher eine Verbesserung als Verschärfung der Beziehungen zum Ostblock erwartet. Dessen aggressive Haltung wird zu einem wesentlichen Teil aus der Annahme einer baldigen kapitalistischen Wirtschaftskrise erklärt, die günstige soziale Bedingungen für Weltrevolution und sowjetischen Sieg schaffen werde. *Ein Einlenken der Sowjetpolitik sei nur dann denkbar — wenn auch nicht gewiß —, wenn die*

*Sowjetführer durch das Gelingen von Atlantikpakt und Marshallplan von der Irrigkeit ihrer Voraussetzungen überzeugt würden.* Man weist darauf hin, die wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen in Europa seien nicht so völlig abgerissen, wie man in Deutschland anzunehmen pflegt. Dieser Handel sei hauptsächlich nur um den Handel Westdeutschlands und Jugoslawiens mit den östlichen Ländern verringert. Die Europaplanung der OEEC in ihrer gegenwärtigen Gestalt sieht intensiven Handelsverkehr namentlich Westdeutschlands mit Osteuropa vor, ist also, insofern sie ernst gemeint sein sollte, an das Einlenken der sowjetischen Politik gebunden; die anderen ehemals deutschen Märkte in Europa werden von der Europaplanung vorwiegend dem britischen Fertigwarenabsatz zugewiesen. (tz)

#### Die Stellung Schwedens

Für die schwedische öffentliche Meinung sind „Atlantikpakt“ und „Welthandel“ an und für sich keineswegs Begriffe, die sich ausschließen müssen, die aber möglicherweise auch nicht gerade am allerbesten zueinander passen. Wenn sich Schweden ungeachtet dessen dem Pakt nicht angeschlossen hat, dann entsprach dies nur einmal mehr seiner traditionellen Neutralitätspolitik, welche mit der inneren Einstellung des Volkes zur Frage West oder Ost aber so gut wie gar nichts zu tun hat. Der Nichtanschluß ist daraus zu erklären, daß das Land in jeder Hinsicht und nach allen Seiten freie Hand behalten will, — politisch und wirtschaftlich! In ganz besonderem Maße gilt dies mit Rücksicht auf die von jeher sehr engen Verbindungen, die die schwedische Volkswirtschaft mit allen Teilen der Weltwirtschaft gehabt hat und die es auch in der Zukunft zu behalten wünscht. Prinzipiell ist infolgedessen die wirtschafts- bzw. handelspolitische Linie darauf ausgerichtet, völlig unabhängig von politischen oder auch wirtschaftlichen Konstellationen den Handelsverkehr nach allen Seiten hin frei zu entwickeln.

Die schwedische Beurteilung der Frage, ob und in welchem Umfange der Atlantikpakt mehr oder weniger nachhaltige Wirkungen auf den Welthandel auszuüben vermöchte, ist im Hinblick auf die labile Situation der internationalen Politik — bevorstehende Außenminister-Konferenz usw. — ausgesprochen zurückhaltend und abwartend. *In weiten Kreisen besteht unverändert weiter die Hoffnung, es werde letztlich in absehbarer Zeit ein tragbarer modus vivendi gefunden werden, was zur Folge haben würde, daß dann allmählich auch der internationale Wirtschaftsverkehr in freiere Bahnen geleitet werden könnte, unter Überwindung der Währungsschwierigkeiten und Abbau der Handelsrestriktionen.* Aus dieser Möglichkeit würden sich weitreichendere Veränderungen der weltwirtschaftlichen Struktur nicht unbedingt zu ergeben brauchen. Eine Belebung des Welthandels würde allen Teilen der Weltwirtschaft zugute kommen, wobei es von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung bliebe, ob der Aufschwung gleichmäßig für alle Teile verlief oder ob er sich etwas differenziert vollzöge.

*Gleichzeitig bestehen vielfach auch Befürchtungen, daß durch den Atlantikpakt die wirtschaftliche Blockbildung gefördert werden könnte.* In diesem Falle wären weltwirtschaftliche Schwergewichtsverlagerungen unvermeidlich, wobei überdies eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Position Schwedens innerhalb der Weltwirtschaft eintreten könnte. Diese Befürchtungen erklären die teilweise recht lebhaft schwedische Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit — etwa am Europa-Rat —, weil in ihr ein Mittel gesehen wird, sich über etwa entstandene Blockbildungen hinweg die Freiheit des Handelns bewahren zu können. Die Frage, ob im Falle einer derartigen Entwicklung der eine oder andere Block in die stärkere Position käme, findet zur Zeit in der schwedischen Öffentlichkeit kaum eine Beantwortung, weil die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage als zu labil angesehen wird. In welchem Lager — gegebenenfalls — das schwedische Interesse zu finden wäre, bedarf nicht besonderer Hervorhebung!

Stockholm, Mai 1949 (dt.)

#### Osthandel als Ergänzung

„Obwohl es Faktoren gibt, die infolge gewisser Unterschiede in Einstellung und Methodik den Handel mit Polen schwieriger gestalten als mit Volkswirtschaften, die weniger straffer Planung und Überwachung unterliegen, ergänzen sich Großbritannien und Polen wirtschaftlich in vieler Hinsicht, und der kürzliche Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens sollte britischen Exporteuren, deren Erzeugnisse in den polnischen Einfuhrplänen figurieren, Veranlassung geben, der Entwicklung des polnischen Marktes erste Aufmerksamkeit zu widmen“, hieß es im letzten britischen Konsularbericht aus Warschau. Was hier von Polen gesagt wird, gilt ganz allgemein für Osteuropa. Es hat auch nicht an Bemühungen britischer Industrieller gefehlt, den Osthandel auszuweiten. Wenn ihr Erfolg bisher enttäuschend war, so liegt dies wohl mehr an der Starrheit

der östlichen Handelstechnik als an der vornehmlich durch Devisenerwägungen erzwungenen Westorientierung der britischen Ausfuhr, im übrigen aber auch an zeitbedingten Schwierigkeiten, die allmählich verschwinden sollten.

Die Marshall-Hilfe und die Zusammenarbeit mit anderen Marshall-Ländern wird, so hofft man in britischen Geschäftskreisen, durch weitere Normalisierung und Ausgleichung der Handelsbeziehungen indirekt zu einer Linderung des Dollarproblems und damit zu einer freizügigeren Handelspolitik führen. Eine Ausweitung des Osthandels ist erwünscht, insbesondere soweit er Dollarimporte ersetzt, ohne allzu große Ansprüche auf britische Kapitalgüterexporte zu machen. Die Zusammenarbeit mit an-

deren Marshall-Ländern steht dem nicht im Wege, wohl aber ist es möglich, daß Commonwealth-Staaten, deren Landwirtschaft auf den englischen Markt ausgerichtet ist, gegen erhöhte Lebensmitteleinfuhren Großbritanniens aus Osteuropa protestieren würden, wenn diese ihren Anteil am englischen Markt ernstlich zu schmälern drohten. Der britische Handel mit Osteuropa ist jedoch zu gering, als daß er die Beziehungen mit anderen, wichtigeren Handelspartnern trüben könnte. Deshalb fördern amtliche britische Kreise den Osthandel, nicht als eine Alternative, sondern als Ergänzung zum Handel mit der westlichen Welt, ohne allerdings unter den obwaltenden Umständen auf rasche oder große Erfolge zu hoffen. (Dr. A.)

scheinen, daß Jugoslawien derzeit als größerer Einkäufer des Ostblockes tätig ist, was trotzdem gelegentliche Geschäfte dieser Art aber durchaus nicht ausschließt. Der Osten hat seine Karten noch niemals ganz aufgedeckt. (st.)

#### Der politische Hintergrund

Die wirtschaftspolitische Diskussion, die in den Bemühungen Jugoslawiens, seine Handelsbeziehungen mit den westeuropäischen Ländern zu verstärken, entstanden ist, hat zu Auffassungen geführt, die eine Wiederbelebung des Ost-West-Handels erwarten lassen. Bei der Gesamtbeurteilung dieser Entwicklung darf der politische Hintergrund nicht vergessen werden.

Die starken Bemühungen Jugoslawiens haben zwei Gründe: Erstens die ideologische Auslegung leninistischer und stalinistischer Grundauffassungen. Diese bilden den Kernpunkt der Spannungen zwischen Moskau und Belgrad. Zweitens: Die Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft, die außerordentlichen Bedarfsansprüche Jugoslawiens kurzfristig zu befriedigen.

Bei der Gesamtplanung der Kominform-Behörde für die Ost-Staaten haben die übergroßen Ansprüche der Jugoslawen auf wirtschaftliche Entwicklung starke Kritik ausgelöst. *Die Russen wünschen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens langsamer und in vielen Fällen auf anderer Grundlage vor sich gehe, wobei das Leitmotiv der russischen Kritik in ihrer politischen Ideologie seinen Ursprung hat.* Das Politbüro in Belgrad vertritt die Auffassung, daß es die doktrinäre Form der russischen politischen Forderung nicht ohne weiteres in die Tat umsetzen kann. Es beansprucht für sich das Recht, den Zeitpunkt hierfür selbst bestimmen zu können. Diese verschiedenartige Auffassung in Moskau und Belgrad löste naturgemäß eine lebhaftere Diskussion innerhalb Jugoslawiens aus, die in dortigen reaktionären Kreisen zu Rückschlüssen führte, die sicher zu weit gegriffen sind. Es muß natürlich das Bestreben

## Außenwerk oder Brückenkopf Wohin geht Jugoslawien?

Belgrad ist in der neueren Geschichte wiederholt Ausgangspunkt bedeutender politischer Ereignisse gewesen, doch auf die folgende Entwicklung hatte es nie einen entscheidenden Einfluß. Wird sich ein solcher Vorgang noch vor Ablauf dieses Jahres wiederholen?

Tito führte Jugoslawien in den Ostblock. Damals hatte er von den Folgen noch nicht die Vorstellung, die er inzwischen durch die bittere Erfahrung gewonnen hat, daß die totale Eingliederung einer vollständigen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entmannung Jugoslawiens gleichgekommen wäre. Deshalb löste er sich noch im letzten Augenblick aus der atemabschnürenden Verstrickung und versucht nun, die Wirtschaftsplanung und den Fünfjahresplan nach eigenen Gedanken durchzuführen. *Damit ist Tito noch lange nicht ein Westler geworden und wird es auch niemals werden, denn er ist Jugoslawiens Kommunist Nummer Eins.* Aber er weiß und hat es inzwischen praktisch erfahren, daß der Westen für Jugoslawien früher oder später wirtschaftlich gänzlich unentbehrlich ist.

Zugleich ist er aber auch ein zu guter Kenner seines Volkes, um nicht zu wissen, daß die beabsichtigt gewesene Fremdhörigkeit gegenüber dem Osten, der für Jugoslawien trotz aller Verwandtschaft doch immer mehr oder weniger wesensfremd geblieben ist, eines Tages hätte unerträglich werden müssen. Allein aus diesen Überlegungen hat sich die heutige Lage Jugoslawiens ergeben.

Es ist jetzt die Frage, wie diese Entwicklung weitergehen wird, denn *irgend etwas muß bald geschehen*, da sich Jugoslawien wirtschaftlich eine dauernde Isolierung nicht leisten kann. Aber Jugoslawien ist sich zugleich seiner großen politischen, strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung im Südostrraum wohl bewußt. Es wird versuchen, diese Trümpfe geschickt auszuspielen und *es ist in weiterer Entwicklung durchaus denkbar, daß Jugoslawien eine wichtige Rolle bei der Wiederbelebung des Ost-West-Handels spielen wird.* Die Erkenntnis hierfür ist bereits auf allen Seiten vorhanden, nur der einzuschlagende Weg ist noch nicht gefunden. Eigene Sorgen lassen es nicht wahrscheinlich er-